Leitantrag zur Bildungspolitik: Gymnasium stÃ¤rken â€“ Vertrauen erhalten

Berlin â€“ Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat auf seiner Vertreterversammlung am 6. Mai einen Leitantrag zur Bildungspolitik fÃ¼r das Gymnasium verabschiedet:

Das Gymnasium in Deutschland hat seinen Weg durch die Corona-Pandemie gefunden. FÃ¼r ihre Leistung in der Krise haben die Lehrerinnen und Lehrer und die fÃ¼r die Schulleitung Verantwortlichen an Gymnasien genauso wie an den anderen Schularten Respekt und Anerkennung verdient und erfahren. Indessen hat die Corona-Pandemie bestehende Probleme und VersÃ¤umnisse der Vergangenheit im Bildungsbereich schonungslos offengelegt. Die Bildungspolitik hat dadurch in dieser Phase viel Vertrauen verspielt.

Mit der BewÃ¤ltigung der unmittelbaren Bedrohung durch das Infektionsgeschehen werden diese Probleme nicht von selbst verschwinden. Die zentrale Aufgabe der Bildungspolitik der nÃ¤chsten Jahre wird darin bestehen, verlorenes Vertrauen zurÃ¼ckzugewinnen. Dazu muss die Bildungspolitik Fehler und VersÃ¤umnisse der Vergangenheit korrigieren und ausgleichen und verlÃ¤ssliche Strukturen fÃ¼r die Zukunft schaffen. Der DPhV fordert dazu eine gemeinsame Kraftanstrengung der bildungspolitischen Akteure in Bund und LÃ¤ndern. Ein starkes Gymnasium, das in guter Nachbarschaft mit den anderen Schularten den richtigen Platz im gegliederten Schulsystem einnimmt, ist einer jener verlÃ¤sslichen Aktivposten, auf den die Bildungspolitik bei dieser Aufgabe zÃ¤hlen kann. Deshalb fordert der DPhV, das Gymnasium als richtige Konsequenz aus der Corona-Pandemie weiter zu stÃ¤rken.

1. **Gegliedertes Schulsystem stÃ¤rken**

Corona hat gezeigt, wie wichtig es ist, auf die individuellen Lernvoraussetzungen, Neigungen und Interessen der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler eingehen zu kÃ¶nnen. Dazu bedarf es eines **differenzierten Bildungsbegriffs**, der Unterschiede in der Auswahl und Gewichtung der Bildungsziele je nach Schulart und Altersgruppe fÃ¶rdert. Mehr denn je ist es nach Corona Aufgabe der Bildungspolitik, den verschiedenen Schularten die MÃ¶glichkeit zu erÃ¶ffnen, nach den Erfordernissen ihres Bildungsauftrags, ihrer SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler und ihrer Schulform unterschiedliche Bildungsbegriffe zu entwickeln und auszugestalten. FÃ¼r das Gymnasium muss das heiÃŸen, am ganzheitlichen gymnasialen BildungsverstÃ¤ndnis festzuhalten und die Ziele **der WissenschaftspropÃ¤deutik**, die stets eng an Erkenntnisse, Methoden und Fragestellungen der jeweiligen Bezugswissenschaft gebunden ist, der **allgemeinen StudierfÃ¤higkeit und der vertieften Allgemeinbildung** grundstÃ¤ndig zu stÃ¤rken.

Um differenzierte Bildungsangebote verlÃ¤sslich und schÃ¼lergerecht anbieten zu kÃ¶nnen, braucht das Schulsystem auch **belastbare Strukturen**. Daher fordert der DPhV eine StÃ¤rkung des gegliederten Schulsystems mit klar auf **aussagekrÃ¤ftige AbschlÃ¼sse** bezogenen Schularten, die optimale Voraussetzungen fÃ¼r individuelle FÃ¶rderung bieten. Der DPhV tritt fÃ¼r eine Bildungspolitik ein, die die **Vielfalt der Schularten** stÃ¤rkt, diese Schularten und BildungsgÃ¤nge in ihrem jeweiligen Profil schÃ¤rft und die unterschiedlichen pÃ¤dagogischen, didaktischen, organisatorischen und materiellen BedÃ¼rfnisse als Chance fÃ¼r ein zielgerichtetes und wirksames bildungspolitisches Handeln begreift.

Zu den belastbaren Strukturen gehÃ¶rt auch eine **verlÃ¤ssliche Lehrerbildung**. Schulen, Eltern und SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler mÃ¼ssen sich darauf verlassen kÃ¶nnen, dass ihre LehrkrÃ¤fte zielgerichtet auf ihre Aufgabe in ihrer jeweiligen Schulform ausgebildet sind. Die gravierenden Probleme der LehrkrÃ¤fte im Vorbereitungsdienst und ihrer Ausbilderinnen und Ausbilder wÃ¤hrend Corona haben gezeigt, dass die vielerorts vorgenommene Vorverlagerung von Ausbildungsinhalten aus der zweiten in die erste Phase der Lehrerbildung und die damit begrÃ¼ndete zeitliche VerkÃ¼rzung ein Fehler war. Deswegen fordert der DPhV einen qualitativ Ã¼berzeugend ausgestalteten, **zweijÃ¤hrigen Vorbereitungsdienst** fÃ¼r alle angehenden LehrkrÃ¤fte an Gymnasien.

Die Bildungspolitik ihrerseits muss neu lernen, mehr Vertrauen in bewÃ¤hrte Strukturen zu entwickeln. Das Gymnasium in Deutschland verdient dieses Vertrauen, auch weil es mit seinen Absolventinnen und Absolventen einen **entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Sicherung des wissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland** leistet. Die Bildungspolitik muss daher das **hohe Gewicht der Fachlichkeit** am Gymnasium als wertvolle Ressource begreifen.

Um diese Fachlichkeit zu stÃ¤rken, fordert der DPhV massive Investitionen von Bund und LÃ¤ndern in den Ausbau von Instrumenten, die einen **auf didaktisch kluge Weise digital unterstÃ¼tzten Unterricht** mÃ¶glich machen. Dazu gehÃ¶rt auch, auf eine **kritische Bestandsaufnahme der Lernwirksamkeit** und der PraktikabilitÃ¤t dieser Instrumente zurÃ¼ckgreifen zu kÃ¶nnen und die Frage nach deren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der LehrkrÃ¤fte sehr hoch zu gewichten.

Die negative Seite digital unterstÃ¼tzten Unterrichts, nÃ¤mlich die MÃ¶glichkeit zum Missbrauch und zur Verletzung von PersÃ¶nlichkeitsrechten, haben LehrkrÃ¤fte auch an Gymnasien wÃ¤hrend der Pandemie schmerzlich erfahren mÃ¼ssen. Der DPhV betrachtet die **Unverletzlichkeit des Unterrichts** als geschÃ¼tztem Raum fÃ¼r die fachliche und persÃ¶nliche Weiterentwicklung der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler als unverhandelbare Voraussetzung jeder politischen SteuerungsmaÃŸnahme.

Der DPhV lehnt auch den Versuch ab, Fachlichkeit und Erziehung gegeneinander ausspielen zu wollen. Das Prinzip der **Erziehung durch Fachunterricht** muss am Gymnasium betont werden, ganz besonders bei der Aufarbeitung von Erscheinungen des politischen Extremismus, der Menschenverachtung, der Diskriminierung sowie der Missachtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die groÃŸe Bedeutung, die die religiÃ¶se Erziehung und die Werteerziehung am Gymnasium einnehmen, hat sich in der Pandemie als groÃŸer Vorteil erwiesen. Deshalb fordert der DPhV die Einhaltung **hÃ¶chster MaÃŸstÃ¤be an Wissenschaftlichkeit und weltanschaulicher Unvoreingenommenheit bei der Ausbildung von LehrkrÃ¤ften, bei der Ausgestaltung von Curricula und bei der konkreten UnterrichtstÃ¤tigkeit** ein. Dadurch wird sichergestellt, dass weltanschauliche Einseitigkeit und religiÃ¶se Intoleranz keinen Platz an Schulen finden.

2. **Effiziente Entscheidungs- und FÃ¼hrungsstrukturen schaffen**

Die Vertrauenskrise der Bildungspolitik wÃ¤hrend Corona war nicht zuletzt eine Krise der Entscheidungsstrukturen. Insbesondere die Kultusministerkonferenz braucht dringend eine Reform ihrer Arbeitsweise und ihrer Entscheidungsstrukturen. Der DPhV fordert, die **Amtszeit der KMK-PrÃ¤sidentschaft auf drei Jahre** zu verlÃ¤ngern, um das nachhaltige Verfolgen bildungspolitischer Ziele zu ermÃ¶glichen. Weiterhin fordert der DPhV die Erarbeitung eines **Bildungsstaatsvertrags**, der die Zusammenarbeit der LÃ¤nder in der Bildungspolitik auf eine verlÃ¤sslichere Grundlage stellt und die MÃ¤ngel der LÃ¤ndervereinbarung, insbesondere unter gymnasialen Gesichtspunkten, behebt. In diesem Staatsvertrag mÃ¼ssen die ZustÃ¤ndigkeiten klar geregelt und effiziente Entscheidungsverfahren

festgeschrieben werden.

UnsachgemÃ¤ÃŸe Finanzstrukturen haben in der Pandemie zum Vertrauensverlust in die Bildungspolitik beigetragen. Gezielte Investitionen und planvolles, abgestimmtes Handeln der Politik werden durch rechtliche Vorgaben und bÃ¼rokratische HÃ¼rden stark erschwert. Der DPhV tritt fÃ¼r eine **Neugestaltung der Bildungsfinanzierung** ein, die die zur VerfÃ¼gung stehenden Mittel erhÃ¶ht und die Zusammenarbeit von Bund, LÃ¤ndern und Kommunen in diesem Bereich auf eine verlÃ¤ssliche Grundlage stellt. In Zukunft muss diese Zusammenarbeit dem Leitgedanken folgen, dass die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der LebensverhÃ¤ltnisse nicht mehr nur durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen, sondern zunehmend durch eine **Verbesserung der Bildungs-Infrastruktur** herbeigefÃ¼hrt werden kann.

Die schnell vorangetriebene Digitalisierung wÃ¤hrend der Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig klar gezogene Grenzen **gegen durch wirtschaftliche Interessen geleitete Einflussnahmen externer Akteure** auf Schulen und auf die Bildungspolitik selbst fÃ¼r eine vertrauenswÃ¼rdige Bildungspolitik sind. Der DPhV fordert daher, unverzÃ¼glich **Lobby-Register** auf allen bildungspolitischen Steuerungsebenen anzulegen und durch regelmÃ¤ÃŸig verÃ¶ffentliche Berichte Ã¼ber Zusammenarbeit mit externen Akteuren Transparenz herzustellen. AuÃŸerdem mÃ¼ssen eindeutige und praktikable Regeln fÃ¼r **Werbung und Sponsoring** an Schulen formuliert werden.

3. **AbschlÃ¼sse aussagekrÃ¤ftiger gestalten**

Das HerzstÃ¼ck einer vertrauensbildenden und vertrauenswÃ¼rdigen Bildungspolitik bilden **aussagekrÃ¤ftige Leistungsbewertungen und SchulabschlÃ¼sse**, die verlÃ¤ssliche, leicht verstÃ¤ndliche und nachvollziehbare Aussagen Ã¼ber das Wissen, das KÃ¶nnen und die Kompetenzen der SchÃ¼lerin bzw. des SchÃ¼lers treffen. Der DPhV fordert von der Bildungspolitik alle Anstrengungen, um dem **Abitur mehr Vergleichbarkeit auf insgesamt hÃ¶herem Niveau** zu verleihen. Es ist dafÃ¼r zu sorgen, dass durch sachgerechte Kriterien zur Auswahl der zu belegenden FÃ¤cher und zur Einbringung der Kurshalbjahre in die Abiturqualifikation der Anspruch einer breiten Allgemeinbildung in der Qualifikationsphase der Oberstufe besser verwirklicht wird. Das vertiefte Arbeiten muss dadurch gefÃ¶rdert werden, dass mehr Wert auf den Aspekt der **WissenschaftspropÃ¤deutik** in Curricula und PrÃ¼fungsanforderungen der Oberstufe gelegt wird.

Besonderer Wert ist an Gymnasien auf eine **gute Balance von FÃ¶rdern und Fordern** im Unterricht zu legen. Der DPhV erwartet von der Bildungspolitik (weiterhin) massive Investitionen in den Ausgleich von Hemmnissen der persÃ¶nlichen Lernentwicklung, die von der einzelnen SchÃ¼lerin bzw. von dem einzelnen SchÃ¼ler nicht zu vertreten sind. Gerade deshalb mÃ¼ssen die Anstrengungen darauf konzentriert werden, leistungsstarken SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼lern MÃ¶glichkeiten zu erÃ¶ffnen, um ihre Grenzen zu erweitern und ihre StÃ¤rken auszuschÃ¶pfen.

Weiterhin fordert der DPhV, dass die Bildungspolitik die Bereitschaft zu einer **kritischen Auseinandersetzung mit der Kompetenzorientierung** als Steuerungs- und Standardisierungsinstrument entwickelt. Der DPhV betont, dass Kompetenzen immer von konkretem Wissen und KÃ¶nnen begleitet sein mÃ¼ssen. Die Bedeutung dieser Aspekte in curricularen Vorgaben fÃ¼r den Unterricht aller FÃ¤cher ebenso wie in allen Formen der LeistungsÃ¼berprÃ¼fung muss gestÃ¤rkt werden. Ebenso muss dieser Aspekt in den Fokus des Bildungsmonitorings gerÃ¼ckt werden.

4. **Verantwortung klar benennen und sachgerecht teilen**

Besonders wÃ¤hrend der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass unrealistische Erwartungen an Schulen letztlich nur zu EnttÃ¤uschungen fÃ¼hren kÃ¶nnen. Der DPhV erwartet von der Bildungspolitik den Mut, die **Funktion der Schulen als Bildungsorte in den Vordergrund** ihres Handelns zu stellen und sachgerecht hÃ¶her gegenÃ¼ber anderen Funktionen wie z.B. die der Betreuung zu gewichten. Der DPhV tritt daher fÃ¼r praktikable Erwartungen an die Zusammenarbeit von Eltern und Schulen ein, die die jeweiligen Verantwortungsbereiche klar benennen und die unterschiedlichen BedÃ¼rfnisse ernst nehmen. Die politische Aufgabe liegt darin, die **unterschiedlichen Verantwortungsbereiche von Schulen und ihren Partnern** (wie z.B. der Kinder- und Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit, den medizinischen und sonstigen UnterstÃ¼tzungssystemen) sachgerecht auszugestalten und diese praktikabel voneinander abzugrenzen.

Bezogen auf die Gymnasien ist es besonders wichtig, die Aspekte der **Selbstverantwortung der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler** fÃ¼r ihren Lernprozess, der mÃ¶glichst **breiten Allgemeinbildung und der intensiven fachlichen Vertiefung**, der Ausrichtung auf den Erfolg in einem **wissenschaftlichen Studium** und der BefÃ¤higung zur Ãœbernahme von gesellschaftlicher Verantwortung in der **auf ein Studium folgenden BerufstÃ¤tigkeit** im Bildungsbegriff weiterhin fest zu verankern.

Daher tritt der DPhV fÃ¼r eine StÃ¤rkung der Rolle der LehrkrÃ¤fte bei der Schullaufbahnberatung und -entscheidung ein. Das **Wissen und die Expertise der abgebenden Schule** sollten schon beim Ãœbertritt von der Grund- in die weiterfÃ¼hrende Schule in seiner Bedeutung gestÃ¤rkt werden. Der DPhV fordert schÃ¼ler- und sachgerechte Ãœbergangsverfahren in allen BundeslÃ¤ndern, die auf belastbaren Feststellungen Ã¼ber die Lernentwicklung der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler beruhen und gerade im Konfliktfall eine **objektive Grundlage** zur VerfÃ¼gung stellen. In den spÃ¤teren Phasen fordert der DPhV eine **grÃ¶ÃŸtmÃ¶gliche horizontale und vertikale DurchlÃ¤ssigkeit** des Schulsystems, um besser auf die individuelle Entwicklung der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler eingehen zu kÃ¶nnen.

Ausblick: Bildungspolitik â€“ weiter gedacht

Die Corona-Pandemie hat wie im Zeitraffer Erwartungen und Probleme im Bildungsbereich beschleunigt und vergrÃ¶ÃŸert. Die Bildungspolitik muss mittlerweile veraltete Denkmuster Ã¼berwinden und aktiv das Vertrauen in ihre Steuerungs- und GestaltungsfÃ¤higkeit zurÃ¼ckgewinnen. Sie muss dazu zukunftsfÃ¤hige und vertrauenswÃ¼rdige LÃ¶sungen erarbeiten. Die Leitgedanken einer solchen Bildungspolitik beschreibt dieser Antrag. Eine solche Bildungspolitik nennen wir: Bildungspolitik â€“ weiter gedacht.

Download Leitantrag